EVP-Nationalrätinnen
Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22
Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht

Nr. 22 Winter 2015

Liebe Leserinnen und Leser,
zuerst nochmals herzlichen Dank für alle Unterstützung in den Wahlkampagnen der EVP für unsere Sitze im Nationalrat. Dank Ihnen allen sind wir beide, Marianne und Maja, wiedergewählt. Vor uns liegt eine neue, vielleicht politisch für die EVP nicht einfache Legislatur mit Fragestellungen, Problemen und Vorlagen, die die ganze Bevölkerung angehen, und zu deren gutem Bewältigen wir das Bestmögliche beitragen wollen.
Jede Legislatur fängt mit der Vereidigung aller wiedergewählten und neuen Mitglieder des Rates und der Wahl des Präsidiums für das nächste Jahr an. Die feierliche Vereidigung und nicht nur zaghafte sondern mutige und kräftige Singen der Landeshymne wurde diesmal begleitet vom überparteilichen Ad-hoc-Streichquartett des Parlamentes. Das evangelisch-grüne-grünliberale-liberale Ensemble (Balthasar Glättli und Kathrin Bertschy Geigen, Maja Ingold Bratsche und Christa Markwalder Cello) rahmte dann mit einem Slawischen

IN DIESEM BERICHT

Budget 2016 2
Ziele Entwicklungszus.arbeit.....2
Flüchtlingskrise..... 3
Abschied Widmer-Schlumpf..... 3
Bundesratswahl.....3
VI „Grüne Wirtschaft“.....4
20Mia. für die Armee.....6
„Schoggigesetz“ 7
Potentatenvermögen.....7
VI „AHVplus“.....5
Komatrinker bezahlen Spital.?....8

HOMEPAGE DER EVP UND INFORMATIONEN ZUR NATIONALEN POLITIK

www.evppev.ch
Parlamentarische Vorstösse Nationalrätinnen

Klicken Sie:

- www.evppev.ch
- Schnellzugriff
- Die EVP im Nationalrat
  Vorstösse
  im Nationalrat

www.parlament.ch oder EVP-Themen auf www.evppev.ch .

Tanz und einem Walzer von Dvorak die Antrittsrede der frisch gewählten Präsidentin ein. Es gehe in der Musik um genau dasselbe wie in der Politik, nämlich die Dissonanzen zu überwinden, einander zuzuhören und zusammen etwas zu gestalten, wozu wir beauftragt sind. Und: „C'est le ton qui fait la musique" und auch „c'est le ton qui fait la politique". So gerieten Vereidigung und Wahl zu einem wichtigen Symbol eines gemeinsamen konsensualen Starts in die Legislatur.

Bundesrat und Parlament auf Sparkurs: Budget 2016-Debatte

Zum letzten Mal musste Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf einen Haushaltsentwurf verfechten. Dem Bundeshaushalt gehe es nicht schlecht, er sei aber angespannter als in den letzten Jahren. Ein Voranschlag von 67Mia. (praktisch wie letztes Jahr) angesichts grosser wachsender zwingender Ausgabenposten sei nicht selbstverständlich. Der Nationalrat hat dann die Sparanstrengungen noch getoppt mit gezielten Kürzungen dort, wo keine mächtige Lobby und keine Nutzniesser aufheulten. Zwar wurden viele SVP-Anträge, die zusätzliche Querschnittskürzungen in allen Departementen verlangten, abgelehnt, aber die vom Bundesrat vorgeschlagene einschneidende Kürzung bei der Entwicklungszusammenarbeit wurde mit grossem Mehr bestätigt. Die Kürzungen im Budget 2016 legen bereits die Basis für die nächstes Jahr zur Diskussion stehenden Rahmenkredite 17 – 20. Damit verabschiedet sich der Bundesrat auf absehbare Zeit vom 0,5% Beschluss des Parlaments. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit dürfte sich bis 2020 bei etwa 0,47% des BiP einpendeln. Schon die 0,5%-Marke ist nur erreicht worden, weil sich die Schweiz wesentlich mehr Asylkosten bei der öffentlichen Entwicklungshilfe anrechnen lässt als alle anderen europäischen Länder – eigentlich eine Phantomhilfe. Mit den steigenden Flüchtlingszahlen wird diese Zahl noch wachsen. Gleichzeitig erfordert die aktuelle Flüchtlingssituation einen Spezialeffort auch in der langfristigen (Wieder-)Aufbauhilfe. Wer jetzt bei der langfristigen, bilateralen Hilfe spart und keine Ursachenbekämpfung betreibt, muss morgen noch mehr ausgeben bei der Nothilfe.
Es sieht überhaupt so aus, als ob der Entwicklungshilfe-Kredit zu einem Selbstbedienungsladen verkommen würde. Angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise fordern Parlamentarier aller Parteien mehr humanitäre Hilfe vor Ort. Eine entsprechende Aufstockung der Mittel ist dringend notwendig. Sie aber zu kompensieren bei der regionalen, langfristigen, nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit ist kurzsichtig. Wir EVP-Nationalrätinnen haben uns immer eingesetzt für ein wirksames, langfristiges Engagement der Schweiz im Sinne von Ursachenbekämpfung für ein Leben ohne Armut in einer intakten Umwelt. Leider kommt es immer mehr unter den Hammer der Sparpolitik.

Die Nationalratspräsidentin
Christa Markwalder

Schweizer Einsatz für globale Ziele für nachhaltige Entwicklung?

Gemeinsam mit allen UNO-Mitgliedsstaaten hat die Schweiz die SDG-Agenda 2030 verabschiedet. Diese setzt mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung einen universellen politischen Rahmen, der alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigt: Soziales, Umwelt und Wirtschaft. Die Schweiz hat sich stark dafür eingesetzt, dass diese Agenda zustande kam. Neben den klassischen Zielen der Entwicklungszusammenarbeit (Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit) wurden darin auch zentrale Umweltanliegen (Schutz Ökosysteme, Biodiversität etc.) aufgenommen. Diese zusätzlichen Aufgaben verlangen zusätzliche Mittel. Die Uno rechnet mit 7'000 Mia US$, die pro Jahr nötig sind, um die Agenda 2030 umzusetzen. Die Industrieländer haben versprochen, ihre Quoten auf 0,7% zu erhöhen. Entsprechend muss die reiche Schweiz nun die von ihr bereit gestellten Mittel erhöhen, und nicht kürzen. Nur so kann sie zeigen, dass es ihr mit der Umsetzung der Agenda 2030 ernst ist.

Bundesratswahlen

Zur Vorbereitung wurde in allen Fraktionen viel diskutiert, quer durch die Fraktionen herumgehört, ernsthafte Hearings mit den offiziellen Kandidaten der SVP durchgeführt, und trotzdem blieb eine grosse nie dagewesene Ratlosigkeit, wie am legendären Morgen nach der Nacht der langen Messer zu wählen sei. Man traf sich in allen Fraktionen nochmals um 7 Uhr morgens und fasste die Ereignisse (die nicht stattfanden wie z.B. das Auftauchen von Sprengkandidaten oder irgend einer Idee von einer mehrheitsfähigen Alternative) der Nacht zusammen. Die EVP, wir zwei Nationalrätinnen trugen im Grundsatz die Forderung nach der arithmetischen Konkordanz mit. Die Anerkennung bedeutete, dass der 2. Bundesratsitz der SVP zustand und aus ihrem Dreierticket jemand die Wahl gewinnen konnte, auch wenn alle drei bei den Hearings deutlich durchfielen. Von einem Mitglied der Landesregierung erwarten wir mehr. Aber mit dem Ziel der Aushebelung der offensichtlichen Blocher-Strategie blieb nur noch, das grösste Übel zu verhindern. Diese Rechnung ging mit der Wahl von Guy Parmelin auf. Ob er indes unsere Hauptkriterien als Bundesrat, die er jetzt nicht erfüllt, erfüllen wird, bleibt mindestens zu hoffen.

Sonderdebatte zur Flüchtlingskrise : „Von Parmelin-Effekt keine Rede mehr“

Nach der Wahl von Guy Parmelin keimte im Parlament die Hoffnung auf, der zweite Bundesratsseitz werde sich mässigend auf die SVP auswirken. Doch die Ernüchterung folgte auf dem Fuss. Einen Tag nach der BR-Wahl in der Sonderdebatte zur Flüchtlingskrise war die SVP schon wieder aggressiv wie vorher. Die SVP bleibt sich treu und griff SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga frontal an. Fraktionspräsident Amstutz fing zwar pathetisch an: „Unser Land steht vor sehr grossen Herausforderungen. Es ist an der Zeit, zusammenzustehen.“ Aber dann folgte eine unglaub-

Verabschiedung BR Evelyn Widmer-Schlumpf

Es war nicht nur die langanhaltende Standing Ovation zum Abschied von BR Eveline Widmer-Schlumpf, sondern auch ihre denkwürdige Rede, die in unvergesslicher Erinnerung bleiben. Acht Jahre lang arbeitete sie mit der Leidenschaft für tragfähige Lösungen, und das nicht für die Partei, nicht für sich selbst sondern für das Land und die Generationen, die nach uns kommen. Die schweizerische Demokratie bezeichnete sie als System, zu dem es keine bessere Alternative gibt. Die Demokratie ist mehr als eine Sammlung von Rechten, sie ist eine Haltung, eine Überzeugung, beruhend auf einem Wertekonsens. Und deshalb: Das Spiel mit den Emotionen, das Bewirtschaften der Ängste der Bevölkerung sei einzugrenzen. Mit ihrem Rücktritt motiviert sie zum Übergang von einer Gesinnungs- zur Verantwortungspolitik. Wir werden sehen, wie viel davon bleibt.

liche Vorwurfstirade, zu BR Sommaruga sagte er: „wenn etwas funktioniert in Ihrem Departement, dann ist das die Propagandaabteilung.“
Die SVP hatte die ausserordentliche Sondersession verlangt, um „systematische Grenzkontrollen“ zu fordern. Damit die Schweiz nicht plötzlich Zielland einer unkontrollierten Migration werde, gelte es, die Grenzen zu schützen. Der Bundesrat und alle andern Parteien halten systematische Grenzkontrollen für komplett unrealistisch, passieren doch täglich 350‘000 Fahrzeuge die Schweizergrenzen und 750‘000 Personen. Selbst der oberste Kommandant des Grenzwachcorps erklärte, über 3% hätten auch vor Schengen nicht kontrolliert werden können, und eine solche Forderung, dann noch ohne Geld für personelle Aufstockungen zu sprechen, hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg, die Terroristen und Menschen mit kriminellen Absichten zu identifizieren an der Grenze. Nach der Ablehnung der SVP-Motion für stärkere Grenzkontrollen fasste der Nationalrat noch weitere Beschlüsse: direkte Unterstützung für Italien und Griechenland, Hilfe vor Ort für die Syrienflüchtlinge verstärken (notabene gegen den Widerstand der SVP!), Asylsuchenden aus Eritrea soll nicht grundsätzlich nur noch vorläufiger Schutz gewährt werden und das Botschaftsasyl wird nicht wieder eingeführt.

Volksinitiative „Für eine nachhaltige ressourceneffiziente Wirtschaft“

Die VI „Grüne Wirtschaft“ fordert einen schonenderen Umgang mit Rohstoffen. „Bis ins Jahr 2050 wird der ökologische Fussabdruck der Schweiz so reduziert, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet“, heisst es im Initiativtext. Der Bundesrat lehnt das in seiner Botschaft jedoch als zu weit gehend ab. Aus heutiger Sicht sei das Ziel kaum umsetzbar, beziehungsweise man müsste definieren, was damit genau gemeint sei. In der Folge wurde von den Umweltkommissionen beider Räte ein Gegenentwurf aus- und mehrmals überarbeitet als Revision des Umweltschutzgesetzes. Leider halfen unsere 2EVP-Stimmen gerade nicht ganz, diesen sehr vernünftigen und ausgewogenen Gegenvorschlag zu beschliessen. Er fiel knapp mit 95:92Stimmen durch und auch ein Mehr im Ständerat kam nicht zustande. Die Revision des USG hätte das Ziel erreicht, auf moderatere Weise im Gesetz einen Fokus „Grüne Wirtschaft“ festzulegen, ohne es unverrückbar in die Verfassung zu schreiben. Der Schweizerische Gewerbeverband fasste die Ablehnung der Revision in einem Satz zusammen: sie ist nicht notwendig, nicht verhältnismässig und nicht wirtschaftsfreundlich. Die Befürworter würden an Geschichten und Schauermärchen glauben in Bezug auf die globale Klimasituation in der Welt und die Veränderungen, die sich nicht vermeiden lassen, wenn nicht Gegensteuer gegeben wird. Und das, obwohl doch mit den aktuellen Zeichen auch dem wenigst Hellhörigen bewusst geworden sein sollte, dass die Klimaerwärmung grösstenteils hausgemacht ist und die sicheren Folgen schwerwiegend. Aber noch viel mehr als beim gescheiterten Gegenvorschlag sind die Gegner bei der Initiative sicher, dass kein Handlungsbedarf besteht ausser dem, was der Bundesrat schon heute macht oder vor hat. Mit 129: 61 Stimmen wurde die Initiative abgelehnt. Votum Maja

20 Milliarden für die Armee in 4Jahren!

Der Nationalrat hat die Armeereform mit nur 7 Gegenstimmen genehmigt. Noch bis zum vergangenen Sommer haben SP und Grüne Nein gesagt, weil für sie die Verkleinerung der Armee auf einen Soll-Bestand von 100‘000 Mann zu wenig weit geht. Auch jetzt gab die Grösse der Armee am meisten zu reden. Eine Minderheit wollte sie angesichts von Krieg und Terror bei 120‘000 Mann festlegen. Die Gegner erklärten, dass die Verteidigungskraft der Armee nicht vor allem vom Mann-Bestand abhängen würde angesichts der heutigen Bedrohungsszenarien. Aber die GSOA-Töne von früher, die für eine Schweiz ohne Armee werben, blieben stark im Hintergrund. Die weltweiten Krisen und Konflikte der Gegenwart und die Terrorakte in Paris sind ungeeignet, die pazifistischen Rezepte in der Abschaffung der Armee zu sehen. Zum Durchbruch verhalf der Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee aber ein Vorschlag der vorberatenden Kommission, in einem separaten Bundesbeschluss festzuhalten, dass die Armee von 2017 bis 2020 insgesamt 20Mia. zur Verfügung stehen sollen. Dh. nun nicht, dass die Jahres-Armeebudgets in Stein gemeisselt sind und unantastbar, sondern dass sie je nach finanzieller Situation der Schweiz und ihrer Sparprogramme jährlich beschlossen werden vom Parlament. Neben der Reduktion des Sollbestandes ist die Dauer der RS auf 18Wochen, gefolgt von 6WK’s entschieden worden.

„Schoggigesetz“

Auf Basis dieses Gesetzes zahlt der Bund Beiträge an die exportierende Nahrungsmittelindustrie (z.B. Schokolade), um deren Einstandspreise für Milch- und Getreiderohstoffe in die Nähe des internationalen Preisniveaus zu drücken. Der Zugang zu Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen ist für die Schweizer Toblerone-Produktion z.B. eine „Überlebensfrage“. Diese Subventionen sind jedes Jahr Thema, weil damit innerhalb der Landwirtschaftspolitik quer zum anreizorientierten Beitragskonzept einzelne Gruppen begünstigt werden. Und nur weil die Landwirtschaftslobby die Grösste ist und stets ihre Mehrheiten findet im Parlament, können solche „Konstruktionsfehler“ nicht einfach jedes Jahr durchgewinkt werden, vor allem dann nicht, wenn der Bundesrat von allen Departementen Sparopfer im Budget 2016 will. Da nun auch die Welthandelsorganisation WTO solche Exportsubventionen abschaffen will, steigt der Druck auf die Industrie, die Landwirtschaftsprodukte verarbeitet und der Geschäftsführer von Maestrani befürchtet schon den Zusammenbruch des Exportgeschäftes, wenn die Schweiz nicht innert Frist eine alternative Ersatzmassnahme findet. Für dieses Jahr kann er sich beruhigen, die Agrarlobby hat gewonnen.

Volksinitiative AHV plus aus EVP-Sicht:

Sie will 10% mehr AHV für alle. Man hat schon sehr bald nach Einführung der AHV 1949 feststellen müssen, dass nicht alle Menschen im Ruhestand von der AHV und ihrer unterschiedlichen 2. Säule leben konnten, und deshalb wurden 1966 die Ergänzungsleistungen EL geschaffen: bewusst als zwei sich ergänzende Werke der sozialen Sicherheit, eines im Giesskannensystem (die AHV) und das andere als Bedarfsleistung (dh. Anspruch hat nur wer das braucht). Diese Balance zwischen dem Versicherungsprinzip und dem Bedarfsprinzip hat sich bewährt. In Kombination mit diesem komplementären System kann man das Anliegen der VI als erfüllt betrachten: Die Existenz wird „angemessen“, und das heisst konkret weit angemessener weil wirklich am Bedarf angepasst, gedeckt.

Sperrung und Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (PEPS)

Es geht nochmals um die Möglichkeit der Blockierung von Vermögen dieser PEPS (Mubarak, Benali etc.), bei denen die Mehrheit des NR nur nahestehende beteiligte Personen einbeziehen wollte, die vermutlich ihre Vremögen durch Korruption, ungetreue Geschäftsbesorgung oder andere Verbrechen erworben hatten. Mit der Bedingung der Beteiligung zog er dem Gesetz die Zähne, die nun der Ständerat wieder eingesetzt hat (das „beteiligte“ wieder gestrichen). Nur an diesem Wort hängt es nämlich, ob viele potenziell korrupte Begünstigte belangt oder nicht belangt werden können. Der Nationalrat hat sich zuletzt dem Ständerat, der das mit grossem Mehr beschlossen hat, gefügt. So bekam die frustrierte Minderheit, zu der auch wir EVP -Nationalrätinnen gehörten, doch noch Gehör, und das Gesetz wirksame Hebel.

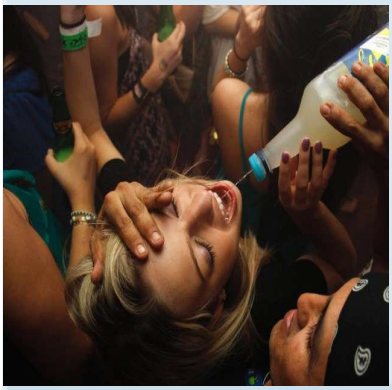
Die EL sind genau dafür gedacht, die individuellen Lücken zu decken und nicht einfach 200Fr. (= AHVplus) mehr ins Portemonnaie zu liefern!
Das löst bei den Wenigsten das Problem. Dafür werfen wir den grössten Teil dieser ca. 5 Mia. Fr./Jahr, die das kosten würde, denen nach, die es überhaupt nicht brauchen? Es wäre eine Lösung, die soviel kostet und so ineffektiv ist, dass es sozialpolitisch unverständlich ist, dass man so viel Mehrkosten in Kauf nehmen will für den Nutzen für so wenige.
Ausserdem schürt die VI den Generationenkonflikt! Aus dem Gesichtspunkt der Enkeltauglichkeit gehört eine solche VI verboten. Heute wären solche Mehraufwände noch finanzierbar, aber für jede jüngere Generation würde die Anforderung der Rentensicherung anspruchsvoller. Am meisten Leidtragende wären die heutigen Kinder, ihnen werden die Babyboomer-Rentner/innen mit der immer noch steigenden Lebenserwartung noch mehr auflasten, und sie werden viel weniger Erwerbstätige sein, um diese Last zu tragen. Die Volksinitiative wurde nach 5stündiger hochideologischer Debatte mit 131:49 Stimmen abgelehnt. Ganzes Votum Maja

Sollen Komatrinker ihre Ausnüchterungskosten im Spital selber bezahlen müssen?

Am Schluss der Session wurde diese Parlamentarische Initiative nach langen Beratungen in den Kommissionen und im Plenum nochmals heftig debattiert. Am Anfang hatte die Idee Sympathien geweckt. Dass junge Leute, teils Minderjährige sich regelmässig besaufen und wegen Alkoholvergiftungen in den Ausgehnächten die Notfallstationen der Spitäler bevölkern, das hat grosses Kopfschütteln ausgelöst, und der Vorschlag war einigermassen naheliegend, dass es eine abschreckende Wirkung hätte, wenn die Ausnüchterung im Spital etwas kosten würde. Immerhin zeigen die gesammelten Erfahrungen der Alkoholprävention, dass fast nur Sanktionen nützen, dh. Verhaltensänderungen bewirken: Jugendschutz und Alkoholprävention sei über das Portemonnaie zu betreiben (bei Minderjährigen das der Eltern, die sich wohl eher mit ihren Jungs auseinandersetzen und Eigenverantwortung übernehmen wenn es finanzielle harte Konsequenzen hätte). Das war der erste Blick. Auf den zweiten Blick zeigten sich schnell Kehrseiten, Nachteile, Risiken, ja es zeigte sich, dass eine solche Massnahme an den Grundfesten des KVG rütteln und einen eigentlichen Systemwechsel provozieren würden.

Das ist sicher das Schlüsselargument gegen diesen vorgeschlagenen neuen Artikel: Es wäre ein Paradigmenwechsel vom Solidaritätsprinzip zum Verursacherprinzip. Wollte man mehr Selbstverantwortung diskutieren, müsste die Frage gestellt werden, warum man nicht bei viel häufigeren und teureren Krankheiten und Verhalten ansetzt wie Lungenkrebs bei Rauchern oder Herz- und Kreislaufkrankheiten bei Übergewichtigen. Mit der Kostenpflicht bestünde ausserdem ein hohes Risiko, dass Jugendliche in solchen Fällen nicht mehr den Notarzt rufen würden, und damit das Leben ihrer Kollegen gefährdet wäre.

Für die EVP blieb das entscheidende Argument: von allen in die Spitäler eingelieferten Komatrinkern ist der kleinste Teil jugendlich, von 10 Betroffenen sind 9,5 erwachsen. So macht es keinen Sinn, breit abgestützte Gesetze zu unterwandern mit einer präjudizierenden Änderung, dessen Wirkung offenbar nicht einmal belegt werden kann. Mit dünner Mehrheit (98:84) wurde der Gesetzesentwurf begraben. Fraktionsvotum Maja



Vorstoss Maja:
Fragestunde: „Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank: Qualität der Umwelt- und Sozialstandards?“

Vorstoss Marianne:

Interpellation : SNB investiert weiterhin in Rüstungsfirmen, die Landminen und Streumunition herstellen

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung, namentlich bei den Wahlen im Herbst, danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.
Wir wünschen Ihnen besinnliche Weihnachtstage und viel Freude und Segen im neuen Jahr

Maja Ingold Marianne Streiff